

**Vollversammlung vom 17./18.11.2023**

**Initiativantrag**

**Antragstellende: Verena Hammann-Kloss, Delegierte des Dekanatsrats Kraichgau; Stefan Eschbach, Delegierter des Dekanatsrats Neustadt**

Die Vollversammlung des Diözesanrates möge beschließen:

Der Diözesanrat in der Erzdiözese Freiburg erklärt sich solidarisch mit allen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Er ruft zu mehr Einsatz gegen Antisemitismus auf und fordert von allen Verantwortlichen in Kirche, Politik und in der ganzen Gesellschaft eine klare, von der Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbare Positionierung zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Er ermuntert alle Kirchengemeinden, Zeichen dieser Solidarität zu setzen, durch Veranstaltungen, Flaggen oder in anderer Weise.

**Begründung:**

85 Jahre nach den Erfahrungen der Reichspogromnacht und Shoah häufen sich wieder antijüdische Anfeindungen in unserem Land. Es liegt an uns und unserer klaren Haltung, dem Antisemitismus mutig entgegenzutreten und die jüdischen Geschwister nicht alleinzulassen. Zuschauen und Gleichgültigkeit können keine Option sein.

Unsere Solidarität gilt auch allen leidenden Menschen in Israel und im Gazastreifen. Wir unterstützen daher den Apell der „AG jüdisch & christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“ gemeinsam mit anderen Gruppierungen vom 13.10.2023 - siehe Text unten oder auf:

[ZdK - Zentralkomitee der deutschen Katholiken | Veröffentlichungen | Erklärungen | Detailseite | Solidarität mit den Opfern und Frieden für den Nahen Osten!](#)

\*\*\*\*\*

**Gemeinsame Erklärung „AG jüdisch & christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“, „Gesprächskreis Juden und Christen beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ und „Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“**

*Die „AG jüdisch & christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“, der „Gesprächskreis ‚Juden und Christen‘ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ und der „Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ sind zutiefst erschüttert über den terroristischen Großangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, am Schabbat und*

am Festtag zum Ende des Laubhüttenfestes.

Tausende Raketen wurden vom Gazastreifen aus auf Israel abgefeuert. Hunderte Terroristen drangen in die Orte und Kibbuzim nahe der Grenze ein, verletzten, vergewaltigten und ermordeten ihre Bewohner auf brutalste Weise. Nach aktuellem Stand ist die Zahl der Toten in Israel durch die Großangriffe der islamistischen Hamas auf mindestens 1300 gestiegen, die große Mehrheit der Todesopfer sind Zivilisten, darunter 260 junge Menschen, die an einem Musikfestival im Negev teilgenommen hatten. Mehr als 3000 weitere Menschen sind verletzt worden, mehr als 150 wurden gewaltsam entführt.

Dieses menschenverachtende Massaker ist durch nichts zu rechtfertigen. Frauen, Männer und Kinder aus dem Schlaf zu reißen, heimtückisch zu ermorden und zu verschleppen ist Terror, nach internationalem Recht sind das Kriegsverbrechen bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern und bei all unseren Freunden und Freundinnen in Israel. Wir trauern mit denen, die einen lieben Menschen verloren haben. Wir wünschen allen Verletzten vollständige Genesung. Und wir bangen mit den Familien, Freundinnen und Freunden der Entführten. Es muss alles getan werden, sie so schnell wie möglich zu befreien!

Wir wissen, dass auch auf der palästinensischen Seite unschuldige Menschen in hohem Maße leiden, verletzt und getötet werden. Die Verantwortung für die aktuelle Eskalation der Gewalt liegt jedoch allein bei der Hamas. Allen, die wirklich Freiheit und Frieden für den Nahen Osten wollen, sagen wir: Beides wird es durch Terror nicht geben. Die Hamas, der Islamische Dschihad und die Hisbollah bringen nicht Befreiung und Gerechtigkeit für die Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern nur noch mehr Gewalt und Blutvergießen.

Unsere volle Solidarität gilt in dieser Situation Israel und seiner Bevölkerung. Das Land hat jedes Recht auf seiner Seite, sich gegen den Terror zu verteidigen. Es ist die Verpflichtung Deutschlands, Israel bei der Wiederherstellung seiner Sicherheit zu unterstützen.

Was Israel jetzt braucht, ist echte internationale Solidarität. Wir fordern die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, die Bemühungen um Frieden in der Region dringend ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Alle Verantwortlichen in den Kirchen und in der jüdischen Gemeinschaft rufen wir dazu auf, ihre Möglichkeiten zur Verständigung zu nutzen.